

19 Millionen zu viel bezahlt

Eine Studie zeigt: Die Steuerlast der Bevölkerung steigt stärker als die Löhne. Auch im Kanton Zug.

Harry Ziegler

Die Logik des Steuergesetzes ist einfach: Wer besser verdient, zahlt mehr Steuern. Bei höheren Einkommen steigt der Tarifstärker an. Das ist ein eherner Grundsatz der schweizerischen Steuerpolitik. Nur: Es braucht bei steigenden Löhnen und steigenden Preisen einen Ausgleich.

Die Tarifstabellen für Steuern werden deshalb jährlich an die Teuerung angepasst, womit die sogenannte kalte Progression ausgeglichen wird. Dadurch soll verhindert werden, dass nach einer Lohnerhöhung viel mehr Steuern bezahlt werden müssen, obwohl die Kaufkraft nur leicht oder gar nicht gestiegen ist.

Nicht ausgeglichen wird hingegen die sogenannte warme Progression. Diese entsteht mit der wachsenden Produktivität der Wirtschaft. Will heissen: Steigen durch das Produktivitätswachstum die Löhne, rutschen zahlreiche Steuerzahlen in höhere Progressionsstufen, zahlen also mehr Steuern.

Nun zeigt eine Studie der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse, dass die Steuerbelastung dabei klar stärker zunimmt als

das Einkommen. Die Reallöhne sind zwischen 2010 und 2020 um durchschnittlich 8,4 Prozent gestiegen. Bei der direkten Bundessteuer betrug der Anstieg rund 16 Prozent.

Steuerbelastung steigt stärker als die Einkommen

Was für den Bund entsprechend einen zusätzlichen Steuerertrag von gut 800 Millionen Franken ausmachte. Eigentlich hätten gemäss Avenir Suisse auch die Bundessteuereinnahmen von natürlichen Personen um besagte 8,4 Prozent ansteigen sollen – auf insgesamt 11,25 Milliarden Franken. In Tat und Wahrheit lieferten die natürlichen Personen aber 12,05 Milliarden Franken an Bundessteuern ab.

Avenir Suisse hat errechnet, dass aufgrund der warmen Progression die Steuerlast der Zuger Haushalte um 11,9 Prozent anstieg. «Allein im Jahr 2020 zahlten sie darum 19,1 Millionen Franken mehr Steuern, als sie hätten zahlen müssen, wenn ihre Steuerlast nur proportional – also um 8,4 Prozent – gestiegen wäre», schreibt Lukas Rühli, Senior Fellow und Forschungsleiter Smart Government der Avenir

«Der Kanton Zug hat die Steuertarife für den oberen Mittelstand deutlich gesenkt. Damit sind die genannten Effekte bei weitem kompensiert.»

Lukas Rühli
Forschungsleiter Smart Government bei Avenir Suisse

Suisse, zur Auswertung der Effekte der warmen Progression auf den Kanton Zug.

Der Mittelstand ist stärker betroffen

Gemäss Rühli sei der Zuger Mittelstand von der warmen Progression besonders betroffen. «Dessen Steuerlast ist um 16,9 Prozent gestiegen.» Und wie alle anderen Kantone auch

kenne Zug keinen Ausgleich der warmen Progression. Geht es nach drei FDP-Kantonsräten, soll sich dies ändern. Sie möchten mittels Motion den Regierungsrat beauftragen, dafür zu sorgen, dass auch die sogenannte warme (reale) Progression ausgeglichen wird. Der Vorstoss wurde in der Kantonsratssession vom Februar überwiesen.

Avenir Suisse schlägt vor, um nun nach der kalten auch die warme Progression auszugleichen, die Steuerstufen neu an den Nominallohnindex zu koppeln, statt wie aktuell an den Landesindex der Konsumentenpreise. Der Nominallohnindex sei eine etablierte Statistik, die vom Bund zur Berechnung des Mischindex für die Anpassung der AHV-Renten verwendet werde, schreibt Rühli in der Avenir-Suisse-Studie zur warmen Progression.

Vorbilder einer solchen Anpassung könnten die skandinavischen Länder Schweden, Norwegen und Dänemark sein. Sie gleichen die warme Progression bereits seit Mitte der 1990er-Jahre aus. Steuern und Abzüge sind indiziert und nicht nur mit der Inflation, sondern auch mit

der Einkommensentwicklung verknüpft. Im Kanton Zug allerdings ist kaum sofortiger Handlungsbedarf vorhanden. «Der Kanton hat auf 2024 hin die Steuertarife für den oberen Mittelstand deutlich gesenkt. Damit sind die genannten Effekte bei weitem kompensiert», schreibt Rühli zur Auswertung der Effekte der warmen Progression auf den Kanton Zug.

Ausgleichen wie bei kalter Progression

«Für die Zukunft wäre trotzdem ein methodisch korrekter Ausgleich der warmen Progression sinnvoll.» Denn laut Rühli könne weder eine gelegentliche Senkung des Steuerfusses noch eine Erhöhung von Abzügen den Effekt der warmen Progression methodisch korrekt ausgleichen. Korrekt sei, anzuwenden, was für die kalte Progression gilt: «Alle Einkommensgrenzen der Steuertarife werden um den Prozentsatz des Reallohnzuwachses erhöht (und mit ihnen auch jene Abzüge, die in absoluten Beträgen definiert sind). Die Steuertarife selbst und die Steuerfüsse bleiben unverändert», heisst es in der Studie.

Busbuchten für flüssigeren Verkehr

Stadt Zug Die Stadtzuger SVP-Fraktion hat das Postulat «Wieder zurück zu flächendeckenden Busbuchten auf Stadtgebiet, sodass der Verkehr wieder besser fliesst!» Darin schreibt die Fraktion: «Nachdem die Zuger Bevölkerung die Umfahrung der Stadt Zug abgelehnt hat, ist es uns ein grosses Anliegen, dass der gesamte Strassenverkehr jederzeit durch die Stadt fließen kann.»

Sie beauftragt den Stadtrat zu prüfen, ob es möglich ist, die Bushaltestelle Kolinplatz und weitere Bushaltestellen mit einer Busbucht auszubauen, um den motorisierten Verkehr fließen zu lassen. Die SVP-Fraktion erwartet dazu mögliche Varianten und Vorschläge für das ganze Stadtgebiet.

«Jeden Tag staut sich der Verkehr beispielsweise von Oberwil her in Richtung Altstadt. Warum eigentlich?», schreibt die Fraktion weiter im Postulat. Bei der Bushaltestelle an der Grabenstrasse Richtung Bahnhof Zug könne es jeweils vorkommen, dass drei bis vier Busse gleichzeitig anhalten und neue Fahrgäste aufnehmen. Da der Bus auf der Spur Richtung Zug anhalten müsse, stauet sich der Verkehr sofort weit zurück. «Dies führt in der Folge – neben eines massiven Staus – zu gefährlichen Situationen mit Velofahrerinnen und Velofahrern, die den Stau rechts überholen», moniert die SVP weiter. (tn)

Denkanstoss für Zuger Unternehmen

Die laufenden Aktionstage für Behindertenrechte gaben auch der Zuger Politik und Wirtschaft Anlass zur Diskussion.

Katarina Lancaster

Über 500 Bewerbungen hat sie während ihrer zweijährigen Arbeitslosigkeit verschickt, erzählt Cédrine Hollinger, Mitte dreissig. «Nie kam etwas zurück», sagt sie, verdrossen darüber, «in eine Schublade» gesteckt worden zu sein. Denn Hollinger hat Zerebralparese, ist halbseitig gelähmt.

Ihre persönlichen Erfahrungen, von der Schule für körperlich Beeinträchtigte bis zu ihrer aktuellen Stelle bei der Amag Leasing, schilderte sie vergangenen Dienstag unverblümt vor einem Publikum aus Zuger Wirtschaft und Politik. Die Veranstaltung, organisiert von der Zuger Wirtschaftskammer in den Räumlichkeiten der Amag Group AG in Cham, bot eine Plattform, um im Rahmen der aktuellen schweizerischen Behindertenrechte-Aktionstage das Thema «Arbeit und Behinderung» aufzugreifen. Der Begriff Inklusion zielt mittlerweile den Grossteil von Firmenwebsites und wird in der Gesellschaft oft benützt. Doch inwieweit dabei auch Menschen mit Behinderung einbezogen werden, gab Anlass zur Diskussion.

«Zunächst braucht es einen willentlichen Entscheid aus der Unternehmensführung, einen Menschen mit Behinderung einstellen zu wollen», sagte der Zuger Regierungsrat Andreas Hostettler in seiner Ansprache. Und es brauche ein Verständnis dafür, was behinderte Menschen benötigten, um ihr Arbeitspotenzial voll entwickeln zu können.



Anlass zu «Arbeit und Behinderung»: Die Zuger Wirtschaftskammer lädt ein, die Amag ist Gastgeberin. Das Thema ist Inklusion. Cédrine Hollinger (Mitte), Mitarbeiterin mit körperlicher Behinderung, wird von Jahn Graf interviewt. Bild: Matthias Jurt (Cham, 4. 6. 2024)

nen. Dabei sei auf geistige und physische Behinderungen einzugehen, die mit entsprechender Infrastruktur am Arbeitsplatz oder mit flexiblen Arbeitszeiten auszugleichen seien.

Arbeitspotenzial gebe es genügend, denn aktuell leben laut Tobias Hasler, Leiter Region Zentralschweiz der Stiftung Profil, schweizweit 1,8 Millionen Menschen mit gesundheitlicher Behinderung. «Nur 4 Prozent der Menschen haben eine angebotene Beeinträchtigung», legte er dar. Ganze 96 Prozent würden ihre Beeinträchtigung im Laufe des Lebens erlangen, zu-

nehmend im Alter. «Umso wichtiger wird diese Entwicklung für die Wirtschaft», sagte Hasler. Die Stiftung bietet Unternehmen Zugang zu einem zusätzlichen Talentpool von Menschen mit Behinderung, der in konventionellen Bewerbungsprozessen verloren gehen würde, so wie bei Cédrine Hollinger.

Mehr als nur Schönfärberei?

Nicht selten werden Arbeitnehmende im Rahmen von Diversität und Inklusion angestellt, um dem Unternehmensimage etwas nachzuhelfen. Doch der

Nutzen von ESG-Programmen (Deutsch: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) sollte sinnstiftender sein.

Andreas Walker, Programmleiter Inklusion, und Dirk Lammerer, HR-Direktor bei der Abbvie AG, wissen: «Gewisse Berührungspunkte mit behinderten Menschen gibt es zunächst schon bei den Mitarbeitenden.» Das Unternehmen in Cham mit rund 250 Angestellten beschäftigt derzeit vier Menschen mit Beeinträchtigung.

Walker und Lammerer fügen hinzu: «Oft sind es aber persönliche Erfahrungen, auf-

grund derer unsere Mitarbeitenden sich Menschen mit Behinderung in Teams wünschen. Eine solche Zusammenarbeit fördert nicht nur eine gegenseitige Rücksichtnahme, sondern auch ein innovatives Arbeitsumfeld.»

Die HR-Abteilungen nehmen dabei eine beratende Funktion gegenüber Linienvorgesetzten ein. Denn letztlich seien es Letztere, die den Willen zeigen müssten, behinderte Menschen oder auch ältere Personen mit oder ohne Behinderung im Rahmen ihrer Inklusionsstrategien einzustellen.

Kirchgemeinde spendet

Steinhausen Die Jahresrechnung der katholischen Kirchgemeinde schliesst mit einem Überschuss von 1,3 Millionen Franken ab. Die Kirchgemeindeversammlung stimmte der Gewinnverwendung zu, zwei soziale Projekte mit einer grösseren Summe zu unterstützen. Die Organisationen Fastenaktion und «Europäisches Bürger:innen Forum» können je eine Spende in der Höhe von 50 000 Franken entgegennehmen. Präsidentin Marlen Schärer wird ihr Amt per 1. Januar 2025 zur Verfügung stellen, wie aus einer Mitteilung der Kirchgemeinde weiter hervorgeht. Sie orientierte sich beruflich neu. (haz)

FDP investiert 4000 Franken

Abstimmungen Die FDP Kanton Zug legt ihr Kampagnenbudget der laufenden Kampagnen offen, obwohl gesetzlich nicht vorgeschrieben. Das schreibt die Partei in einer Mitteilung. Für die Bekämpfung der beiden linken Initiativen zum Velonetz und der Transparenz seien rund 4000 Franken aus dem laufenden Budget investiert worden. Dieses setzte sich aus den Mitglieder- und Gönnerbeiträgen zusammen. Die Partei lege darüber hinaus ihre Budgets für Wahlen seit 2022 offen, teilt sie weiter mit. (stg)